

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme bei Sonn- und Festtagen). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Volkes und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski. Halle, an den übrigen Inhalt Richard Häge, Leipzig. — Verlag der Volkstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2.70 Mark, halbjährlich 5.10 Mark, jährlich 9.60 Mark. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: Die 1. Zeile 10 Pfennig, 2. Zeile 8 Pfennig, 3. Zeile 6 Pfennig, 4. Zeile 4 Pfennig, 5. Zeile 3 Pfennig, 6. Zeile 2 Pfennig, 7. Zeile 1 Pfennig, 8. Zeile 1 Pfennig, 9. Zeile 1 Pfennig, 10. Zeile 1 Pfennig. Bei längerer Dauer halber Preis. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 139.

Halle, Donnerstag den 20. Juni 1918.

2. Jahrgang.

## Reichstag und Kriegsminister.

Wolle vier Sitzungen hindurch stand in voriger Woche der Etat des Reichsbehörden für den Tagesordnung des Reichstages. Wird auch bei Etatsberatungen nach traditioneller Gepflogenheit über den Etat gar nicht oder nur beläufig geredet, so bieten die Etatsberatungen doch die Gelegenheit, zahlreiche Beschwerden, Wünsche, Anträge und Resolutionen einzubringen, die vom Reichstag meist gutgeheißen, von der Regierung aber in demselben Verhältnis abgelehnt werden. Die Seereserverhaltung hat von jeder eine tiefe Abneigung gegen die Anträge und Anregungen aus dem Reichstage bezeugt, die unter dem jetzigen Kriegsminister aber eine respektable Höhe erreicht hat. Herr von Stein sucht durch eine Wortfugung zu imponieren, die rein äußerlich an bestimmte Vorüber erinnert. Herr von Stein ist im Reichstage schon mit dem „feinern Geist“ veranschlagt worden.

Wir haben in den letzten zehn Jahren mehrere Kriegsminister gehabt, mit denen sich der Reichstag wochenlang der kleinsten Reformen wegen herumzickeln mußte, aber so unermüdlich, wie unter Herrn v. Stein, ist es niemals gewesen; selbst nicht einmal unter Herrn Wild von Gohrenborn, der allerdings fern von allen reformtätigen Beschäftigungen im Hauptquartier eine repräsentable Rolle spielte und darin Genüge fand, bis er dann knall und Fall durch einen General mit Frontenerfahrungen abgelöst worden ist: eben durch Herrn von Stein. Der Wechsel muß unwillkürlich seine Vorteile haben, der Reichstag ist jedenfalls dabei nicht besser gelegen. Die passive Resistenz, die der Herr Kriegsminister gegen den Reichstag aufbringen zu läßt, hängt an, unrettbarlich zu werden.

Dem Reichstag liegen wieder eine ganze Anzahl Resolutionen zur Beantwortung vor, die hinsichtlich der Kriegsgeldbeschränkung der kämpfenden Truppen betröflich sind, deren Erfüllung keineswegs an militärischen Gründen zu scheitern braucht. Sie werden im Reichstage bei der dritten Lesung eine große Mehrheit finden, und dann wird sich Herr von Stein an seinen Arbeitstisch legen und mit dem Reichstag furchtlos unter den Resolutionen kauen. Und der Reichstag? Wird er sich abermals gelassen lassen, daß mit seinen berechtigten Forderungen daran umgegangen wird? Wird er sich auch in Zukunft die Art und Weise gefallen lassen, die der Herr Kriegsminister in der Behandlung der Volkserregung beliebt? Der Unmut ist seit Jahresfrist erheblich ge-

stiegen; das zeigt die unangenehm scharfe Rede des Zentrumsgesandten Dr. Birkhoff neulich. Es geht einfach für die Dauer nicht, daß alle Wünsche mit den formandmäßigsten Worten vom Ministerialrat aus abgelehnt werden: Die Stimmung ist gut, die Verhältnisse sind gut, und die paar Beschwörungen — na ja, wir werden sehen. Die Einförmigkeit in den Verhandlungen bei Beratung des Militärrats während des Krieges, die durch diesen selbst bedingt ist, könnte und muß gegebenenfalls doch einmal recht ernst unterbrochen werden. So geht es nicht weiter, will der Reichstag nicht seine Ohnmacht vor der Militärdemokratie auch noch auf die wichtigen Fragen ausdehnen, auf die er noch Einfluß hat.

Im übrigen drängt die Ministerialrat des Herrn v. Stein gebieterisch nach, die Stellung des Kriegsministers gründlich zu ändern. Der Etat spricht von einem Reichsheer, der Kriegsminister aber, der den Etat der dem Reichstage vorträgt, ist preußischer Minister und auf den Reichsfiskus nur in Einzelfragen angewiesen; sonst hat der Reichsfiskus auch nicht den geringsten verfassungsmäßigen Einfluß. Preussische Kriegsminister fühlen sich aber einzig und allein als Soldaten, der Minister ist für sie nur eine Beigabe, die von den Herren meistens recht unangenehm empfunden wird. In Friedenszeiten sind die bestimmenden militärischen Faktoren der Generalstab und das Militärkabinett; beide sind für den Reichstag unermittelbar. Es verbleibt ihm nur der Kriegsminister, der doch in Wahrheit nur ein hoher Verwaltungskommissar ist, der sich, wie Herr von Gohrenborn einmala ganz offenzichtig verriet, immer nach einem Befehl als kommandierender General zurückzieht. Der ganze Zustand in der Materie des Belagerungswesens und der Denkmäler steht mit dem untergeordneten Einfluß des Kriegsministers gegen die eigentlichen militärischen Machtfaktoren und aus seiner übertragenden Stellung gegenüber dem Reichstag. Der bairische Kriegsminister beispielsweise hat gegenüber den Truppenbefehlshabern eine ganz andere Stellung als der preussische, der schon den selbstbetretenden kommandierenden Generalen gegenüber ohnmächtig ist, abgesehen von Fragen der Verwaltung. Hier ist die Quelle des Übels, das natürlich wesentlich verdrängt ist durch die Gepflogenheiten des jetzigen Kriegsministers.

Georg Schäpflin.

## Die Beratung des Haushaltsplanes im Abgeordnetenhaus beendet.

In der Dienststagung übte Gen. Braun scharfe Kritik an der Art und Weise, wie die Jenar gepönbelt wird. Die zahllosen Besprechungen, die er anführte, werden auch diejenigen, die nicht mit ihm grundsätzlich den Standpunkt vertreten, daß die Jenar überhaupt aufgehoben werden muß, zu der Ueberzeugung bringen, daß es so, wie bisher, unmöglich weitergehen kann. Es wirkt lässlich nach außen hin geradezu lächerlich und schadet unterm Ansehen im Innern, wenn Offiziere, die mit der Beendigung der Jenarmassnahmen betraut sind, im Amt in der Weise ausüben, daß sie sogar unzulässige Ziele vorsetzen. Was nützlich auf rein politischem Gebiete getrieben wird, das schreit geradezu zum Himmel. Besonders harten Eindruck machte unter Redner mit der Schilderung des Vorgehens gegen sozialdemokratische Zeitungen, wie z. B. den Sittiner Volksboten, der unter Vorzeichen der Beilegung die Dreifaltigkeitsfeier und der Einführung des gleichen Wahlsystems, mit dem er seine Rede schloß, bezeugte bis weit in die Reihen der bürgerlichen Linien hinein lebhaften Beifall.

Die Erörterung des Ministers war recht schwach. Er zog sich auf die Behauptung zurück, daß die Jenar nicht in der Hand der Zivilbehörden liegen, sondern in der der Militärbehörden, und daß er in Folge dessen „einenstimmig“ auf ihre Handhabung habe. Es ist schon nicht an die Maßnahmen der Jenar zu kritisieren. Der Reichstag zu über, ist vielmehr der Reichstag beim Erhalt des Kriegswesens. Hat das Haus von Besuchen von Vorlesungen, die Braun anregt, was, ist die Jenar nicht aufgehoben zu werden, will Braun ihr vorher nicht davon unterrichtet habe, und weil er auch nicht wissen kann, inwiefern die Mitteilungen der Zivilbehörden zu einzelnen Befehlswesenführer etwa auf Anweisungen von Militärbehörden zurückzuführen seien. Er sei nur verantwortlich für das, was die Zivilbehörden aus eigener Initiative unternehmen. Weiter verbreitete sich der Minister eingehend über seine Stellung zum Bund der Kriegsgeldbeschränkung, die ihm Genosse Braun vorgehalten hatte. Gegenüber der Erklärung Brauns, daß der Bund der Kriegsgeldbeschränkung sozialdemokratisch sei, erwiderte der Minister, er habe den Eindruck, daß Sozialdemokraten die entscheidende Stellung in die Hand genommen hätten.

Am Mittwoch begann die Sitzung mit einer Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Korffantj (Pole) und dem Minister des Innern. Abg. Korffantj schilderte unter Anführung zahlreicher Einzelfälle, in welchem Maße die polnischen Staatsbürger unter der Jenar und dem Belagerungszustand zu leiden haben. Besonders erwähnte er mit der Mitteilung der Art und Weise, wie manche Anwohner bei der letzten Wahl im Kreise Lublinsk-Oleisch unter Beratung auf Befehl des Generalkommandos die Wohnung von Verhaftungen für unmöglich gemacht und Jagdschlösser besetzt haben. Der Minister des Innern nahm seine Beantwortung dieser Vorwürfe in Schutz. Im großen ganzen glaubte er „von vornherein behaupten“ zu können, daß die Mitteilungen des Abg. Korffantj „eine objektive Unterfuchung kaum stanhalten“ würden. Grundmüßig stellte er sich wieder auf den schon am Tage vorher vertretenen Standpunkt, daß er sich in die Angelegenheiten der militärischen Behörden nicht einmischen dürfe, sondern daß es sich für ihn nur darum handle, die Maßnahmen zu „verteidigen“, die von den Beamten seiner Verwaltung getroffen seien. Am Schluß polemisierte der Minister gegen die Ausführungen des Abg. Wolf Hoffmann (L. So.) zum Dienstag, die seiner Meinung nach von einem Mißverständnis zeugen für das, was in dieser „großen Zeit“ notwendig ist.

Auch die übrigen Redner des Hauses, der konservative Abg. v. B. und der freisonerale Abg. v. Woyna beschäftigten sich mit den Ausfällen Wolf Hoffmanns, der sich in mehr als dreißigjähriger Rede über alles möglich verbreitet hatte. Der Angestellte, die er bei jeder Gelegenheit gegen die alle sozialdemokratische Partei gerichtet habe, rief unsern Genossen Hirsch auf den Plan, der erklärte, daß er zwar bisher zu den Angriffen der Unabhängigen Hilsgelungen habe, weil er nicht für ratlos habe. Streigelteten der beiden Fraktionen von der Tribüne des Reichstagesparlamentes herab zum Auszug zu bringen. Aber die Anwohner Hoffmanns zum Dienstag leiten so unerfähr, daß es unmöglich ist, bzw. ihm zu schweigen. Herr Hoffmann habe sich als Apologet der Wahrheit aufgepisst, in Wirklichkeit aber über die alle sozialdemokratische Partei die größten Unwahrheiten verbreitet. Dazu habe er sich in ungläubigen Beschimpfungen ergangen. Wahrscheinlich habe Hoffmann nachweisen können, daß es und seine Freunde lässlich unabhängig von jeder Vermittlung seien aber über die nötigen Beweise dafür erbringen wollten, daß er Wert darauf legt, sich von niemandem in Beschuldigung übertrumpfen zu lassen. Bedauerlich sei es nur, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten in einer Zeit, wo alles darauf ankommt, daß die freischützlichen Elemente des Volkes sich zum Kampf gegen die Reaktion zusammenschließen, die Reaktion überhandnehmen lassen.

Die Debatte endete mit der Annahme des Beschlusses Hoffmanns über die politische Betätigung der Beamten der von der Reichsregierung beschlossenen Stellung. Am Donnerstag beginnt die dritte Etatsberatung, für die zum Tage in Aussicht genommen sind. Dann beschließt das Haus, sich bis zum 3. Juli zu verlagern.

## Die Ernährungsschwierigkeiten in Oesterreich.

Wien, 19. Juni. In der Anwesenheit der Verführung der Prototaxie jagte der Wiener Arbeiterart gernspat über die Bedürfnisse, worin die Wiederherstellung der vollen Produktion, und solange diese nicht möglich ist, Ersatz für Brot gefordert wird. Weiter wird noch Erhöhung der Arbeitslöhne sowie Inflation der Unterernährung Arbeitsverhältnisse, Verführung der Arbeitszeit und Einschränkung der Nachtarbeit verlangt. Der Arbeiterart fordert, daß die österreichisch-ungarische Regierung bereit sei, jederzeit in Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen sowie über die Gründung einer Liga der Nationen einzutreten. Der Arbeiterart verlangt weiter die sofortige Einschränkung des Kartellentes und betont, daß im Interesse der Lebensmittelerzeugung die Eisenbahnen, Verkehrsarbeiter und Arbeiter der Lebensmittelindustrie alles vermeiden müssen, was den Verkehr und die Lebensmittelversorgung fördern könnte. Er fordert endlich die Arbeiterarbeit auf, Ruhe zu bewahren und alle Zusammenkünfte auf der Straße zu vermeiden.

Die Polizeidirektion in Wien erließ an die Bevölkerung eine Bekanntmachung, in welcher sie mittel, daß sie entschlossen sei, allen Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten und, falls es nötig ist, mit den härtesten Maßnahmen vorzugehen.

Wie verlautet, hat der sozialdemokratische Aufruf an die Arbeiter, nicht zu streiken, vollen Erfolg gehabt.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt offiziös: In der österreichischen Presse wird als Ursache der Kürzung der Brotration mehrfach angegeben, daß Deutschland sich verpflichtet habe, die Wehrversorgung Oesterreichs bis zur neuen Ernte zu übernehmen, oder seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Das beruht auf einer völlig falschen Auffassung. Eine Lieferung aus deutschen Beständen hätte nur in Frage kommen können, wenn Deutschland noch Wehrbesatzung hätte, die über den Bedarf für Bevölkerung und Heer hinaus verfügbar gewesen wäre. Das ist aber in diesem Erntejahre nicht der Fall. Das ist die Getreidelieferungen aus der Ukraine und Beharobien zu gering sind, daß die Versorgung Oesterreichs dadurch sich sehr schwierig gestaltet, ist sehr bedauerlich. Daß die Ursachen

dafür über böllig außerordentlich des Verschuldens deutlicher Stellen liegen, wird auch von amtlicher österreichischer Seite durchaus anerkannt. Bei diesen Verhandlungen ist auch von deutscher Seite gegenüber den österreichischen Wünschen alles Entgegenkommen bewiesen, soweit es nach der deutschen Versorgungslage zulässig war.

Bürgermeister Dr. Reichsfrüher in Wien hat, wie gemeldet, an die bairische Regierung um Zufuhr von alten (1) Kartoffeln telegraphiert. Bogen ist aber nicht in der Lage, Kartoffeln der alten Ernte abgeben zu können. Der Großteil der Kartoffelreserven wurde abgeben, so daß mit den alten Vorräten aufs vornehmste Haus gehalten werden muß, wobei nach besonders die Herabsetzung der Brotration zu berücksichtigen ist.

### Die Bewirtschaftung der neuen Ernte.

Aus Wien wird gemeldet: Durch eine Verordnung wird die Bewirtschaftung der neuen Ernte ebenso wie im Deutschen Reich und schließlich auch in Ungarn im Sinne einer strengen staatlichen Bewirtschaftung geregelt. Der Plan für die Getreideaufbringung geht von der Tatsache aus, daß Oesterreich ohne irgendwelche Vorräte in das neue Erntejahr eintritt und darüber danach getrachtet werden muß, mindestens nach in den Besitz der erforderlichen Getreidemengen zu gelangen.

Die Erhaltung der Ernte wird sich in drei zeitlich aufeinanderfolgenden Abschnitten vollziehen. In der Frühberufaufbringung, in der Aufbringung des vorläufigen Kontingents und in der individuellen Ueberprüfung sowie der endgültigen Erstellung aller Ueberträge. Für die Aufbringung des vorläufigen Kontingents werden die Fronländer in Aufbringungsgruppen und die politischen Bezirke in Aufbringungsgruppen eingeteilt. Für jeden Bezirk wird eine Aufbringungskommission eingesetzt. Die Aufbringung des vorläufigen Kontingents, die bis Ende September abgeschlossen sein muß, erfolgt schon von der Dreifachmache weg, worauf das Getreide unversüßigt in Mühlen oder Logerräume übergeführt wird. Den Betroffenen stehen Beanspruchungsmittel zur Verfügung, welche nach Ablauf der Feldbestellungsarbeiten von Haus zu Haus durch dieselben Kommissionen durchgeführt wird, wird für alle Landwirte die Menge der abzuliefernden Ueberträge endgültig festgestellt.









